



GÖTTINGER BLÄTTER

05.2019

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Griechisches Parlament fordert Wiedergutmachung für deutsche Kriegsverbrechen

Am 17.04.2019 hat das griechische Parlament mit großer Mehrheit eine Resolution beschlossen, nach der Griechenland weiterhin auf Reparationsforderungen gegenüber Deutschland besteht, die sich aus der deutschen Besatzungszeit während des Zweiten Weltkrieges ergeben, „als unverjährbare Schuld, die unverrückbar moralische, historische und juristische Gerechtigkeit verlangt“.

Die Debatte und die Resolution wurden von der Regierung ins Parlament gebracht mit dem Verweis auf die Ergebnisse der vom Parlament eingesetzten Kommission zum Umgang mit den Reparationsforderungen an Deutschland. (Diese Ergebnisse liegen seit August

2016 vor.) Die Resolution wird von allen im Parlament vertretenen Fraktionen, mit Ausnahme der faschistischen Goldenen Morgenröte, getragen.

Die Reparationsforderungen (inkl. des abgepressten Zwangskredites) belaufen sich nach dieser Resolution auf über knapp 270 Mrd. Euro; die Summe umfasst Forderungen aus vier Bereichen: Wiederaufbau nach dem Krieg aufgrund materieller Zerstörungen und Demontage der Produktions-Infrastruktur des Landes; Entschädigung für Opfer und Angehörige von Opfern des verbrecherischen Krieges; Rückzahlung des Besatzungsdarlehens; Rückgabe gestohlener archäologischer Schätze und Erbstücke.

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Griechenland Wiedergutmachung	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Europawahl	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Die LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Forts. Deutsche Kriegsschuld	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 06.2019
ist der 17. Mai.
Auslieferung am 23. Mai.

► Deutsche Kriegsschuld und Verpflichtungen gegenüber Griechenland

Positionspapier des Vereins Respekt für Griechenland e.V., März 2019

Wir sind eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern, die sich in Griechenland in der Flüchtlingshilfe engagieren, dort Klimaschutzprojekte machen und Selbsthilfegruppen unterstützen. Durch unsere Zusammenarbeit mit Griechen wissen wir, wie fest unter einer beruhigten Oberfläche die Verbrechen von Deutschen im Zweiten Weltkrieg im kollektiven Gedächtnis verankert sind. Zugleich mussten wir erkennen, wie beschämend gering die Bereitschaft Deutschlands war, Griechenland beim Aufbau seines zerstörten Landes zu helfen und die Leidtragenden zu entschädigen. Griechenland war, außer als Ferienland, erstaunlich lange aus dem Blickfeld der meisten Deutschen geraten. Der Konflikt

zwischen Deutschland und Griechenland zur Schuldenkrise hat den Nebeneffekt, dass die beiden Länder sich nähergekommen sind. Die neue Aufmerksamkeit gegenüber Griechenland holt aber auch den langeverdrängten Besatzungsterror in das Bewusstsein der Nachgeborenen. Und so wächst die Einsicht, dass weitere Kompensationen geboten sind. Die von Deutschland begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit erscheinen mit wachsendem Zeitabstand nicht geringer, werden vielmehr durch zunehmendes Wissen und neue Bewertungen immer größer. Das zeigt sich gegenwärtig bei Griechenland.

(...) weiter auf Seite 2

Konzert mit Kai Degenhardt

„Auf anderen Routen“

anders als in den Göttinger Blättern vom April angekündigt findet das Konzert am **Freitag, dem 3. Mai um 19:00 Uhr im Roten Zentrum. Lange-Geismar-Str. 2 statt.**

Eintritt Abendkasse: 5,00 / 2,00 EUR

Eine Kulturveranstaltung der VVN-

Gedenkveranstaltung zum 74. Jahrestag

der Befreiung vom Faschismus

am **Mittwoch, dem 8. Mai 2019, um 18:00 Uhr** am Denkmal für die Widerstandskämpfer gegen das Naziregime, Thomas-Buergenthal-Haus (Stadtbibliothek) / Ecke Paulinerstraße.



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

Fortsetzung „Deutsche Kriegsschuld und Verpflichtungen gegenüber Griechenland“ von Seite 1

Die Verpflichtungen aus der Kriegsschuld sind mithin keineswegs „erledigt“ und werden auch zukünftig, wenn der Blick sich weiter schärft, nicht „erledigt“ sein. Unabhängig davon, ob die strittigen Reparationsfragen noch einmal mit Griechenland verhandelt und zu einem Ergebnis geführt werden, lassen sich heute aus politischer und moralischer Verpflichtung und auch mit rechtlichen Gründen Forderungen benennen, die kurzfristig umsetzbar sind und auch mit Verweis auf etwaige Reparationsabkommen oder Präzedenzfälle nicht abgewiesen werden können. Die Bundesrepublik Deutschland hat über die Jahre, immer unterhalb von Rechtsansprüchen, mit einzelnen Ländern „indirekte“ oder „außergesetzliche“ Beiträge zur Wiedergutmachung vereinbart und für bestimmte Verfolgten-Gruppen Fonds oder Stiftungen, die humanitär und moralisch begründet wurden, eingerichtet. Das alles ist nicht ausreichend, dennoch setzen wir hier an. Wir richten drei Forderungen, die wir für vordringlich und für zeitnah erfüllbar halten, an den Bundestag und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:

- Rückzahlung des Zwangskredits Griechenlands an das „Deutsche Reich“
- Fortsetzung „Deutsche Kriegsschuld und Verpflichtungen gegenüber Griechenland“ von Seite 1 Rückzahlung des Lösegelds für jüdische Zwangsarbeiter in Thessaloniki
- Einrichtung eines Fonds zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums – unter besonderer Berücksichtigung von „Martyrerdörfern“.

Rückzahlungen

Zwangskredit Griechenlands an das „Deutsche Reich“

Die gegenwärtige griechische Regierung hat eine alte Forderung an Deutschland erneuert: Sie fordert die Rückzahlung eines Kredits, den die deutsche Besatzung von Griechenland erpresst hat. Die Zwangsanleihe wurde bereits bei der Pariser Reparationskonferenz 1945/46 von der griechischen Regierung als ein

Sondertatbestand herausgenommen, ebenso bei allen späteren Verhandlungen zu Kriegslasten und Reparationen. Inzwischen ist hinreichend belegt, dass es sich nicht um Besatzungskosten, sondern um ein zinsloses Darlehen handelte. Rückzahlungen waren vertraglich vereinbart. Nachweislich wurden Teile des Kredits noch während des Krieges getilgt. Die noch offenen Beträge werden in offiziellen deutschen Dokumenten als „Reichsschuld“ bezeichnet. Am Ende des Krieges betrug die Restschuld 476 Millionen Reichsmark. Ihr heutiger Wert beträgt ohne Zinsen schätzungsweise 7 Milliarden Euro, mit Zinsen 11 Milliarden Euro. In der hiesigen Gesellschaft, Wissenschaft und Politik sowie in den Medien mehren sich die Stimmen, die eine Rückzahlung für prinzipiell berechtigt halten. Um zu einer Klärung zu kommen, sollte Deutschland der griechischen Regierung anbieten, gemeinsam den „Vergleichs- und Schiedsgerichtshof innerhalb der OSZE“ in Genf anzurufen. Eine Zuständigkeit ist gegeben. Ein solcher Schritt würde eine Gesprächsbereitschaft signalisieren, auf die Griechenland seit Jahrzehnten wartet.

Lösegeld für jüdische Zwangsarbeiter in Thessaloniki

Am 11. Juli 1942, einem Sabbat, mussten sich alle jüdischen Männer im Alter von 18 bis 45 Jahre zur Registrierung auf dem „Platz der Freiheit“ einfinden. Sie wurden drangsaliert und gedemütigt. Das war der erste öffentliche Akt der Judenverfolgung in Thessaloniki. In der Folgezeit wurden mehrere tausend jüdische Männer u. a. zum Bau von Militärstraßen gezwungen. In den Arbeitslagern herrschten miserable und brutale Lebensbedingungen. Es gab Seuchen und Erschießungen. Um ihre Söhne und Männer zu retten, ließ sich die jüdische Gemeinde auf ein Abkommen mit dem Chef der Wehrmachtsverwaltung, Max Merten, ein: Den Freikauf der Zwangsarbeiter gegen ein Lösegeld von 3,5 Milliarden Drachmen (damals 38 Millionen Reichsmark bzw. 69 Millionen US Dollar). Die Gemeinde

konnte aber in der kurzen Zeit von zwei Monaten nur 2 Milliarden Drachmen aufbringen. Notgedrungen willigte sie ein, dass an Stelle der fehlenden Summe der alte jüdische Friedhof zerstört und als Bauland der Stadt Thessaloniki übereignet wurde. Mit Marmorplatten und anderen Grabsteinen wurde z.B. ein Schwimmbad für deutsche Offiziere gebaut. Bis Mitte Dezember 1942 wurde das Lösegeld in Raten bezahlt. 7.500 jüdische Zwangsarbeiter kamen frei. Einige Monate später aber wurden sie zusammen mit über 46.000 Juden aus Thessaloniki nach Auschwitz in den Tod geschickt. Die Jüdische Gemeinde fordert das Lösegeld von Deutschland zurück. Seinen heutigen Wert setzt sie mit 45 Millionen Euro an. „Respekt für Griechenland“ unterstützt diese Forderung aus folgendem Grund: Es ist an sich schon ein Verbrechen, Menschen als Zwangsarbeiter zu missbrauchen. Sie nach Zahlung eines Lösegelds freizulassen und kurz drauf zu ermorden, ist so schrecklich, dass alle, die davon gehört haben, diese Schandtat nie mehr vergessen können.

¹ Die wichtigsten Stationen zur Reparations-/ Entschädigungsfrage sind: 1953, auf der Londoner Schuldenkonferenz wurde die Klärung der Reparationsforderungen aller anspruchsberechtigten Länder auf die Zeit nach einem Friedensvertrag vertagt. 1960 erhielt Griechenland auf Grund eines bilateralen Abkommens 115 Millionen DM als „freiwillige Leistungen“ für NS-Verfolgte (bei ca. 100.000 bewilligten Anträgen waren das pro Person durchschnittlich 1.187 DM, s. Roth/ Rübner, 2017, S. 131). 1990, im Zuge der Wiedervereinigung, wurde der de facto abgeschlossene Friedensvertrag als „2+4 Vertrag“ deklariert - mit der Absicht, die Zahlungen von Reparationen und weiteren Entschädigungen zu umgehen. Weder dort noch in der darauf bezogenen „Charta von Paris“ wird das Thema angesprochen. Seither wiederholt die Bundesregierung: „Die Reparationsfrage hat sich erledigt und außerdem ist sie verjährt“. Einsprüche aus Griechenland blieben unbeachtet. Ein differenziertes Bild der Rechtslage vermittelt: Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Ausarbeitung, Zu den völkerrechtlichen Grundlagen und Grenzen kriegsbedingter Reparationen unter besonderer Berücksichtigung des griechisch-deutschen Verhältnisses, 26. Juni. 2013/ WD 2-3000 -041/13

² Eine Rückzahlpflicht wurde bereits in der Vergangenheit anerkannt, so von Bundeskanzler Ludwig Erhard. Er „versicherte“ noch 1965 dem damals vorsprechenden Koordinierungsminister Andreas Papandreu (...) sobald die deutsche Wiedervereinigung unter Dach und Fach sei, werde man die Zwangsanleihe zurückzahlen. Die Griechen gaben sich mit diesem Versprechen zufrieden.“ (Frankfurter Rundschau, 22.11.1995)

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung

am 14. Mai um 20.00 Uhr im Berliner Hof

► Cárdenas führt präventive HIV-Therapie ein

Das Medikament ist in der Lage, das Infektionsrisiko bei gefährdeten Personen um mehr als 90% zu senken, wenn sie das Medikament täglich einnehmen Autor: Ventura de Jesús

Cárdenas - In dieser Gemeinde der Provinz Matanzas hat in einer experimentellen Phase die Präexposition prophylaxe (bekannt als Prep - englische Abkürzung) in die Wege geleitet, bei der eine Tablette verabreicht wird, welche hilft, HIV-Infektionen bei Menschen zu verhindern, die das Virus nicht haben.

Nach Ansicht von Experten ist das Medikament in der Lage, das Infektionsrisiko bei gefährdeten Personen, die das Medikament täglich einnehmen, um mehr als 90% zu senken.

Lic. Niura Pérez Castro, Leiterin des Gemeindeprogramms zur Vorbeugung von STI / HIV / AIDS und Hepatitis, erklärte, dass die Tablette kostenlos an Personen vergeben wird, die wegen risikoreichem Verhalten eine hohe Wahrscheinlichkeit haben, sich zu infizieren.

„Es handelt sich um ein Gemeinschaftsprojekt mit der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation, das in Kuba die seit Jahren unternommenen Bemühungen zur Vermeidung dieser Infektion ergänzt. Wir betrachten es als Kombinationstherapie mit dem hauptsächlichen Ziel, das Risikoverhalten zu ändern“, sagte Pérez Castro.

Sie beharrte darauf, dass, obwohl Fachleute die Wirksamkeit des Medikaments hoch einschätzen, parallel dazu die korrekte Verwendung von Kondomen als sicherste Methode empfohlen wird, um Infektionen und die Übertragung anderer sexuell übertragbarer Krankheiten wie Syphilis, Gonorrhö oder Herpes genital zu vermeiden.

Dieser Pilotplan in Cárdenas begann am 6. März. Bisher erhalten insgesamt 28

Personen die Tablette, da sie die Anforderungen des Projekts erfüllen.

Pérez Castro erklärte, dass sich interessierte seronegative Menschen an das Zentrum für Prävention und Bekämpfung von sexuell übertragbaren Krankheiten / HIV / AIDS in der Gemeinde Cárdenas wenden können, wo sie von einem multidisziplinären Team bedient werden, das entscheidet, wem das Medikament verabreicht werden soll.

In der Gemeinde Cárdenas, die ein beschleunigtes Bevölkerungswachstum aufweist, leben derzeit 234 Menschen mit HIV und jedes Jahr werden etwa 30 neue Fälle registriert. Die Fälle in Cárdenas und die in der Provinzhauptstadt machen zusammen 60% der AIDS-Fälle der Provinz Matanzas aus.

60 Jahre
Cubanische Revolution
Fidels Ideen leben weiter!
Konferenz in Bochum
Samstag 18. Mai 2019
10-22 Uhr
mit Gästen aus Cuba, Referaten, Arbeitsgruppen, Kultur und mehr
Rolf Becker liest Fidel Castro
#60YMAS
Kulturhaus Thealozzi Pestalozzistr. 21
Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V.
Info: www.netzwerk-cuba.de
Info@netzwerk-cuba.de

Programm auf Seite 12

Anmeldung

Zwecks besserer Planung und wegen begrenzter Plätze bitten wir um Anmeldung bei info@netzwerk-cuba.de oder per Post mit dem Betreff „Fidel-Konferenz“ bis spätestens zum 10. Mai 2019. Nicht vergessen, die Namen aller teilnehmenden Personen anzugeben! Nach dem 10. Mai bitte anfragen, ob eine kurzfristige Teilnahme noch möglich ist. Infos zur Konferenz: www.netzwerk-cuba.de
Der Eintritt ist frei, denn niemand soll wegen fehlenden Geldes nicht an der Konferenz teilnehmen können. Aber wir erbitten einen Unterstützungsbeitrag zur Finanzierung der Konferenz (Für Spendenbescheinigung auch Namen und Adresse angeben). Bitte nach euren Möglichkeiten, gerne auch kleine Beträge, überweisen an:
Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V.
Weydingerstr. 14-16 · 10178 Berlin
Tel. 030-24 00 93 38 · info@netzwerk-cuba.de
Konto: Postbank Berlin
IBAN: DE52 1001 0010 0032 3301 04 · BIC: PBNKDEFF
Stichwort „Fidel-Konferenz Spende“



Elier Ramirez Caliedo ist Historiker und Autor, derzeit Abgeordneter in der cubanscher Nationalversammlung und er war Mitglied im Verfassungsausschuss



Rolf Becker ist nicht nur Schauspieler und Synchronsprecher sondern auch politischer Aktivist und Gewerkschafter. Oft tritt er als Rezitator politischer Texte auf



Francisca López Civeira ist emeritierte Professorin und Autorin zahlreicher Werke. Gegenwärtig ist sie Leiterin beim Aufbau eines Institutes für das geistige Vermächtnis Fidel Castros in Havanna



Volker Hermsdorf hat sich als Journalist und Autor zahlreicher Artikel und Bücher über Cuba einen Namen gemacht. Lebt in Hamburg und Havanna



Ramón Ignacio Ripoll Díaz ist cubanischer Botschafter in der BRD. Er war stellvertretender Minister in Bereich internationale Wirtschaftskooperation und schon in der DDR als Wirtschaftsattaché tätig

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Osteraktion am 20.4.2019 in Göttingen

Redebeitrag von **Gunnar Siebecke**, (leicht gekürzt)

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freundinnen und Freunde!**

Am 4. April ließ das ZDF seinen Star-Moderator, Claus Kleber, das ZDF-heute-Journal mit folgender Meldung beginnen (Zitat):

„Guten Abend, zu Wasser und zu Luft sind heute Nacht amerikanische, deutsche und andere europäische Verbündete unterwegs nach Estland, um die russischen Verbände zurückzuschlagen (...).“

Kleber (...) begann seine Sendung mit dieser mehr als bemerkenswerten Einleitung. Mit ernster Miene verkündete er den Beginn eines Krieges der NATO mit Russland - Der Fortgang der Moderation brachte die Auflösung. Doch kein Krieg. Aber: Das Beschriebene sei eine „realistische Vision“

Was soll eine solche „fake news“ - im besten Sinn – im Fernsehen zur besten Sendezeit?

Das darauf Folgende brachte dann etwas mehr Klarheit in die Absicht dieser Falschmeldung:

Keine Sorge. Das ist nicht so. Das ist nur eine Vision. Aber eine realistische. So etwa müsste nämlich im Ernstfall die Antwort der NATO aussehen auf einen Angriff auf das Territorium eines ihrer Mitgliedsstaaten. ... Wenn das in Frage gestellt scheint, würde die Abschreckung brüchig, die seit 70 Jahren den Frieden in Europa sichert. Das Problem ist heute, dass der Bestand des Bündnisses zu seinem 70. Geburtstag brüchiger erscheint als jemals in seiner Geschichte. Einer bisher beispiellos erfolgreichen Geschichte.“

Der dann folgende Filmbeitrag und das Korrespondentengespräch mit dem NATO-Korrespondenten des ZDF, Stefan Leifert, verdeutlichte dann, wozu das martialisch vorgetragene Horrorszenario in Klebers Moderation diente: Der moralischen Einordnung der angeblich zu niedrigen deutschen Rüstungsausgaben. Diese stellten, so geht die verquere transatlantische Logik, die NATO, ihre Abschreckung gegen Russland und damit den Frieden in Europa in Frage.

Die Ursachen der gegenwärtigen Krise sind bei Leifert dann schnell erzählt, über die Rollenverteilung zwischen Gute und Böse muss nicht lange diskutiert werden: Russlands Annexion und Destabilisierung

der Ostukraine holen den Kalten Krieg zurück und mit Russland eine neue, alte Bedrohung.

Noch mal in Kurzform: Die NATO ist gut und erfolgreich, die Russen sind böse und hinterhältig, das Zwei-Prozent-Ziel bei den Rüstungsausgaben notwendig, die Deutschen gefährden mit ihrer Kurzsichtigkeit die NATO und damit den Frieden. Alles klar?

Und damit alles klar wird ... bei den „gut informierten deutschen ZDF-Journal-Zuschauern“ werden derartige Szenarien öffentlich dargestellt. Damit soll auch dem letzten „gut informierten Bürger“ klar gemacht werden, dass es notwendig ist, wenn die Bundesregierung beabsichtigt, die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP) nahezu zu verdoppeln.

Zwei Prozent des BIP, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau ... oder auch internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Ich zitiere jetzt aus dem Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“:

„Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik. ...“

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.“

Um diese Einsichten überall in unserer Gesellschaft zu verbreiten, sind wir hier heute zusammengekommen. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg – oder auch einen drohenden „heißen“ Krieg - abzuwenden. ...

Aber nicht nur die deutsche Rüstungs- und Außenpolitik muss signifikant geändert werden. Auch der z.Zt. gängige Umgang der Bundesregierung mit Waffenexporten muss radikal verändert werden: Hinter den USA, Russland und Frankreich liegt die Bundesrepublik auf Platz 4 bei den weltweiten Rüstungsexporten.

Mitgliederversammlungen im Mai

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 07. Mai, 20:00 Uhr

Ein Thema stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest

MV Dienstag, 21. Mai, 20:00 Uhr

fridays for future

Wir wollen versuchen, uns diesem „Phänomen“ zu nähern und ein/e VertreterIn aus Göttingen zum Thema einzuladen.-.

Gerade die vergangenen Jahre der großen Koalition waren gut fürs Waffenexportgeschäft: Noch nie zuvor hat eine Bundesregierung so viele Waffenexporte in Krisengebiete genehmigt. ...

Und: Unglaubliche Renditen winken. (...): Auf einer Konferenz des us-amerikanischen Rüstungskonzern Lockheed mit Anlegern 2015 in Florida wurde deutlich gemacht, dass die Bombardierung des Jemen durch Saudi-Arabien zu einer steigenden Nachfrage nach „Verbrauchsgütern“ führt. – Gemeint sind hier - in kaum zu übertreffendem Zynismus – Bomben und Raketen! Und es wurde prognostiziert, dass sich die Gewinne des Branchenindex, in dem sog. Verteidigungsunternehmen eingetragen sind, sich um 101 % steigern werden.

De jure ist die Sache in der BRD klar: Nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz sind Rüstungsexportexporte eh zu untersagen, wenn sie im Ausland zu friedensstörenden Handlungen führen können. Aber z. B. nutzt der Rüstungskonzern Rheinmetall südafrikanische und italienische Tochterunternehmen, um hiesige Exportkontrollen zu umgehen.

Das zeigt uns, dass kapitalistische Unternehmen niemals ein Interesse am Versiegen der Nachfrage haben werden und sie werden alles daran setzen, dass es weiterhin einen Markt für ihre Produkte gibt.

Und hierzu fällt mir ein, warum eigentlich nur die „Deutsche Wohnen“ enteignet werden soll. Ich denke, dass auch alle Konzerne, die Profit mit dem Krieg machen, enteignet werden müssen!

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- und Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Mietenaktionstag ...



immer Menschen mit geringem Einkommen aus ihren Wohnvierteln verdrängt. Laut Statistiken sind die Mieten in Stadt seit 2014 um 22,9 Prozent gestiegen. Im Landkreis sogar um 39,15 Prozent. Auch der Wissenschaftler Michael Miessner weiß seit Jahren in seinen jährlichen Untersuchungen darauf hin.

Mit Vonovia und Adler Real Estate nehmen immer mehr bundesweite Investor*innen Einfluss auf den Wohnungsmarkt in Göttingen und versuchen immer mehr



Profit aus dem Grundbedürfnis Wohnen zu schlagen.

Es gilt, politischen Druck aufzubauen! Eine starke Mieter*innenbewegung ist nötig, um das Grundbedürfnis nach Wohnen der Verwertungslogik zu entziehen. Gebrauch wird eine Wohnungspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht an den Profitinteressen der Investor*innen.

Dazu die DGB-Gewerkschaftssekretärin Agnieszka Zimowska: „Wohnen ist ein Menschenrecht!“ ...“Der Wahnsinn auf dem Wohnungsmarkt, der fehlende bezahlbare Wohnraum, der nahezu ausverkaufte soziale Wohnungsbau: das ist politisch gemacht und braucht dringend eine Korrektur.“

(gs)

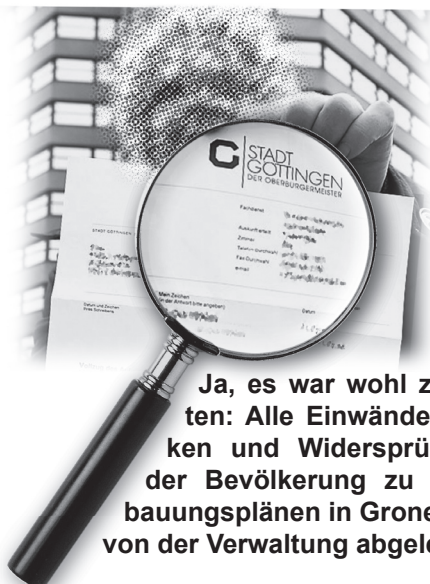
Am 6. April waren neben INGrone zahlreiche Initiativen wie Vonovia-Mieter_innen, dem Bürger_innenforum Waageplatz, der Wohnrauminitiative und der Basisdemokratischen Linken, dem Hausprojekt OM10 sowie der Straßensozialarbeit in Göttingen am Kornmarkt und machten lautstark auf die Verdrängung und den Mietenwahnsinn aufmerksam – wie in vielen Städten Europas! Denn in Göttingen steigen die Mieten munter an und es werden



... und die Antwort der Göttinger Verwaltung:

Verwaltung lehnt sämtliche Widersprüche zu den Bauplänen in Grone ab!

- Mieterhöhungen: Kein Problem, 80 (von rd. 500!) preisgünstige Wohnungen bleiben ja erhalten.
- Keine Parkplätze: Kein Problem, die Leute können ja weiter laufen
- Sanierung der Badezimmer: Kein Problem, wenn eine Krankenkasse zahlt
- Verdunkelung vor allem der Parterrewohnungen: Die „Interessen“ des Eigentümers sind zu berücksichtigen (höhere Renditen)
- Sanierungsbedarf in den vorhandenen Wohnungen: Keine Antworten



Ja, es war wohl zu erwarten: Alle Einwände, Bedenken und Widersprüche aus der Bevölkerung zu den Bebauungsplänen in Grone wurden von der Verwaltung abgelehnt!

Nachdem CDU, FDP, SPD und Grüne die Bebauungspläne, die im Zusammenspiel zwischen der ADLER AG und der Bauverwaltung der Stadt ausgehandelt wurden, durch den Ortsrat Grone und im Bauausschuss

der Stadt Göttingen durchgewinkt haben, hat nun genau die gleiche Bauverwaltung auch sämtliche Anregungen abgelehnt! (gs)

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Wichtige (Wahlkampf)Veranstaltungen:

DIE LINKE.Tournee macht halt in Göttingen:

Zentrale Europawahlkampfveranstaltung
Donnerstag, 9. Mai, 15.30 bis 18.30 Uhr am Wilhelmsplatz, Göttingen

Im Mittelpunkt stehen die Themen Pflege und Mieten, dazu wird ein Riesenaufsteller zur Pflege zu sehen sein und ein aufblasbarer Miethai. In einem 1,5 Stunden langen Bühnenprogramm wird als Hauptrednerin unsere Bundestagsabgeordnete aus Oldenburg Amira Mohamed Ali zum Thema Pflegenotstand und zur Europawahl sprechen. Auch lokale Mandatsträger wie Dr. Eckhard Fascher und Edgar Schu werden in Interviewform von unserer Landesvorsitzenden Heidi Reichinnek befragt. Musikalisch wird die Veranstaltung von den Künstlern Ali Safari begleitet.

Europawahl-Fete

Sonntag, 26. Mai, ab 17:30 Uhr im Saal der Roten Hilfe, Lange Geismar Str. 3

Jugendverband [‘solid]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 22. Mai 2019, 19:00 im Saal der Roten Hilfe, Lange Geismar Str. 3
Schwerpunktthema: EU-Wahl. Gewerkschaftspositionen und Vergleich, Diskussion der Wahlprogramme der Parteien

OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Ilyas Cangöz (vgl. Adressenspalte).erfragen!

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Freitag, 10. Mai, 19:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld

OV Bovenden Mitgliederversammlung

Nächsten Termin bitte bei Marius Fedry (vgl. Adressenspalte).erfragen.

Kommunalpolitische Termine:

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

Mittwoch, 8. Mai, 19.00 Uhr, Neues Rathaus, Raum 1118
Wohnungspolitik: Was können kommunale Wohnungsunternehmen leisten?
Referent: Hanjo Rose

Kreistagsgruppe LINKE/PIRATEN/PARTEI+

NS-Rüstungsaltslasten im Landkreis Göttingen
Dienstag, 14. Mai, 18- 19.45 Uhr im Kreishaus, Raum 019

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen Veranstaltungen:

Das politische Lied - Konzert mit Vortrag zum 8. Mai

Freitag, 3. Mai 2019, 19:00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 3, 37081 Göttingen (vgl. Ankündigung S.)

KV Göttingen/Osterode

Bürgerstraße 26, 37073 Göttingen
Tel.: 0551 49 28 03 28
kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook
Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,
E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354
bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386
edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,
E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

► Europawahlkampf: EUROPA NUR SOLIDARISCH



**Liebe Genoss*innen,
der Europawahlkampf nimmt Fahrt auf, die ersten Plakate hängen in Stadt und Landkreis Göttingen/Osterode, das Wahlkampfteam hat sich mehrfach getroffen, die ersten beiden Veranstaltungen liegen hinter uns. Wir freuen uns, Euch den Wahlkampfkalender zu präsentieren:**

Neben den Infotischen, wo jede helfende Hand sehr gerne gesehen ist, möchten wir Euch zum einen auf unsere zentrale Wahlkampfveranstaltung, am 9.05.2019 von 16.30 – 18.00 Uhr auf dem Wilhelmsplatz, aufmerksam machen und zum anderen auf die zentrale Steckaktion am 18.05.2019 mit anschließendem Grillen am Parteibüro, Bürgerstr. 26.

Wenn Ihr Zeit habt an einem anderen Tag unser Material zu verteilen oder Plakate in Göttingen zu plakatieren, dann meldet Euch doch bitte bei unserem Wahlkampfteam, die Kontaktdaten sind: Jost Leßmann, 0162-6054607 oder per Mail jostup@web.de. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass Europa ein Stück mehr solidarisch wird mit einer starken LINKEN im Europaparlament.

Datum	Uhrzeit	Aktion	Ort
27. April	11:00 – 14.00	Infostand Göttingen (Dietmar, Edgar und Peter), Osterode, Bovenden und weitere...	
01. Mai	8:30 Treffpunkt Parteibüro, Bürgerstr. 26	Tag der Arbeit, Infostand mit Sabine Lösing (Dietmar, Janine, Katja, Britta und Jost)	Albaniplatz
04. Mai	11:00 – 14.00	Infostand Göttingen, Osterode, Bovenden und weitere...	
09. Mai	16:30 – 18:00	Wahlkampftour in Göttingen mit Amira und Heidi	Wilhelmsplatz
11. Mai	11:00 – 14.00	Infostand Göttingen (Peter), Osterode, Bovenden und weitere...	
18. Mai	11:00 – 14.00	Infostand Göttingen, Osterode, Bovenden und weitere...	
18. Mai	Ganzen Tag	Zentrale Steckaktion mit anschließenden Grillen	Ab 10.00 Uhr, Parteibüro Bürgerstr. 26
25. Mai	11:00 – 14.00	Infostand Göttingen mit Sabine Lösing (Peter), Osterode, Bovenden und weitere...	
26. Mai	17:30	EU-Wahl/Wahlparty	Saal Rote Hilfe

► Ortsmitgliederversammlung Göttingen: Hartz IV

Das inhaltliche Thema der Mitgliederversammlung des OV Göttingen am 27. März war Hartz IV. Referent war der OV-Sprecher und Sozialberater Jo Bons, der unsere grundlegende Ablehnung der mit dem Namen des vorbestraften ehemaligen VW-Managers Peter Hartz verbundenen Sozialrechtsgesetze deutlich machte. Diese führten zu einem massiven Sozialabbau sowie einer Ausweitung von prekären Beschäftigungsverhältnissen wie der Leiharbeit und einen ausgedehnten Niedriglohnsektor. Zudem fand gegenüber der bisherigen Arbeitslosenhilfe und der alten Sozialhilfe auch eine Entrechtung der Betroffenen statt. Dies bezieht sich vor allem auf die Sanktionspraxis, die bis zu einer völligen Streichung des Hartz-IV-Satzes vor allem bei Jugendlichen führen kann. Auch die Höhe des Hartz-IV-Satzes ist ebenso willkürlich festgelegt.

Viele der Anwesenden waren selbst Betroffene, die direkte Fragen und Probleme zur Umsetzung von Hartz

IV hatten. Der Fokus lag dabei auf der Anrechnung bei Hinzuverdienst, der Übernahme der Mietkosten bzw. auch bei den Widersprüchen. Jo machte dabei deutlich, dass viele Sachbearbeiter in den Jobcentern überfordert sind bzw. willkürlich handeln, sodass es häufig auch zu falschen Bescheiden kommen kann. Widersprüche machen hier also in jedem Falle Sinn.

Als sogenannte Optionskommune ist der Landkreis Göttingen auch in der Stadt für die Umsetzung des Hartz IV verantwortlich, wobei der Rahmen durch die Bundesgesetze vorgegeben wird. Hauptkonfliktpunkt der LINKEN Kreistagsfraktion mit der Verwaltung sind regelmäßig die Höhe der „Kosten der Unterkunft“ (KdU), also der Miete. Um die „Angemessenheit“ der KdU festzulegen werden regelmäßig von externen Gutachten so genannte „schlüssige Konzepte“ erstellt, die dann ebenso regelmäßig von den Sozialgerichten als unschlüssig verworfen werden. Das seit zwei Jahren

gültige „schlüssige Konzept“ musste diesen Härtefall noch nicht bestehen, da aufgrund der zahlreichen Widersprüche und Klagen, aufgrund des Rückstandes entsprechende Klagen vor Gericht noch nicht bearbeitet worden.

Wichtig sind auch die durch den Landkreis finanzierten unabhängige Beratungsstellen. Auch wenn die Zuschüsse in diesem Jahr doch deutlich erhöht wurden, reichten sie in der Vergangenheit häufig nicht aus, um das Beratungsangebot ganzjährig zu gewährleisten.

Mit einer Grundsicherung im Alter in Höhe des Hartz-IV-Satzes stehen sich die Betroffenen nicht besser. Zwar ist der Druck weg, sich zu bewerben, sich abzumelden oder für einzelne Maßnahmen zur Verfügung zu stehen, bei einem Hinzuverdienst oder bei vorhandenen Vermögen sind aber die Grenzen noch wesentlich strenger.

Hartz IV muss weg und wird für DIE LINKE ein Dauerthema bleiben auch auf kommunaler Ebene. ef

► Gelbwesten-Proteste in Frankreich und die Antwort der EU

Am 1. April 2019 hatte der Kreisverband der LINKEN in Göttingen/Osterode die Gelbwesten-Proteste in Frankreich zum Anlass genommen, eine Veranstaltung in Göttingen mit Sebastian Chwala zu organisieren. Er ist Experte in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema der extremen Rechten in Frankreich und hatte angeboten, Veranstaltungen in mehreren Orten in Niedersachsen zum Thema Gelbwesten zu machen. Die Veranstaltung mit ihm war genau das Richtige, um bei Vortrag und Diskussion klarzustellen, dass bei den Protesten in Frankreich rechte Organisationen keine zentrale Rolle spielen und dass es sich um soziale Proteste handelt.

In den letzten Wochen sind die Entwicklungen bei den Gelbwesten-Protessen sehr weit eskaliert. Gedruckte linke Medien wie die Junge Welt berichten, was es bedeutet, dass nun sogar die militärische Einheit „sentinelle“ (Schildwache) mit 10.000 Einsatzkräften, welche 2015 angeblich gegen Islamisten eingerichtet wurde, mit Räumpanzern usw. gegen die Demonstrationen zum Einsatz kommt. Aus privat organisierten Zusammenhängen, wie z.B. der Facebook-Gruppe „Gelbwesten Deutschlands“, von denen sich Mitstreiter*innen offenbar dokumentierend und als Demo-Sanis in Frankreich nützlich machen, erfährt man im Detail,

mit welchen Einsatzstrategien die Polizei vorgeht, offenbar, damit die Masse der Bevölkerung den Demonstrationen in Zukunft fernbleiben soll. Da wird berichtet, dass Demonstrationen, an denen auch alte Leute und Familien teilnehmen, durch die Polizei in Seitenstraßen getrieben werden. Zu- und Ausgang würden durch die Polizei blockiert, dann zum Verlassen des Ortes aufgefordert, um als Nächstes diejenigen, die geblieben sind (also alle), mit Tränengas einzudecken. Sie berichteten davon, dass oft besonders stark konzentriertes oder mit Zusätzen angereichertes Gas verwendet und vor allem durch Räumpanzer versprüht werde. Anders als bei „normalem CS-Gas“ „fielen“ Menschen durch dessen Einwirkung „oft um“.

Die Polizeistrategie, Situationen zu erzeugen, aus denen niemand entkommen kann, zum Verlassen aufzufordern und die Menschen dann brutal anzugreifen, kennen wir auch von den Protesten gegen G20 in Hamburg 2017. Dort wurden die Proteste durch Polizeistrategien, Politik und Medienkampagnen erfolgreich kriminalisiert.

Die Gelbwestenproteste bringen die Frage auf die Tagesordnung, ob die Herrschenden weiter erfolgreich ihr Ziel verfolgen können, dass die EU „wettbewerbsfähiger, dynamischer wissensbasierter Wirtschaftsraum der Welt“ werden soll

(im Jahr 2000 legten die Regierungschefs der Europäischen Union dieses Ziel für das Jahr 2010 fest. Lissabon-Strategie). Was wäre gewesen, wenn die Hartz-IV-Proteste in Deutschland nicht aufgrund von Medienstrategien abgeebbt wären? Was wäre gewesen, wenn sie durch die Gewerkschaften wie jetzt die Gelbwesten in Frankreich mit Streikaktivitäten, der wichtigsten und ursprünglichsten Form des zivilen Ungehorsams, unterstützt worden wären? Dass die Medien in Deutschland nicht unparteiisch über die Gelbwesten in Frankreich berichten, unterstreicht, dass das deutsche Kapital seine im Jahr 2000 als Lissabon-Strategie ausgerufenen Ziele in jedem Land der EU im Blick behält.

Dieser Artikel versteht sich als Fortsetzung zu dem Artikel „Gelbwesten-Proteste in Frankreich - Was haben sie mit uns zu tun?“ in den Göttinger Blättern vom Februar 2019. Es wurde auf die internationale Dynamik von Hartz IV und Lohndumping in Deutschland, den Folgen für die Bevölkerungen in anderen Ländern und exemplarisch den Protesten der Gelbwesten gegen Macrons „Transformation“ hingewiesen.

Nun wird noch deutlicher: Beim Niederschlagen der Gelbwestenproteste geht es darum, dass die Lissabon-Strategie nicht scheitern soll. Und wenn autonome Proteste gegen die G7 mit perfiden Polizeistrategien, Kriminalisierung und Diffamierung niedergeschlagen werden, wie in Hamburg 2017, dann ist das die Vorübung und Vorbereitung der Gesellschaft darauf, wie auch soziale Proteste in Deutschland gegebenenfalls niedergeschlagen werden sollen, falls sie nicht wie 2004 abebben.

esch/jru



► Programm für bezahlbare Mieten

Am 1. April legte der Parteivorstand ein 5-Punkte-Programm für mehr bezahlbaren Wohnraum in Europa vor. Dieses dokumentieren wir in einer gekürzten Fassung:

Keine Rendite mit der Miete – So machen wir Wohnen europaweit bezahlbar

Am 6. April gehen in vielen Städten Mieterinnen und Mieter auf die Straße, um gegen den Mietenwahnsinn zu demonstrieren. **In Berlin wird dies auch der Startschuss für das Volksbegehren Deutsche Wohnen & Co. enteignen sein. DIE LINKE unterstützt die Demonstrationen und das Volksbegehren.** (...) Während Immobilienkonzerne fette Gewinne machen, spitzt sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu. (...) Die Mieten sind in den letzten zehn Jahren durchschnittlich um mehr als 20 Prozent gestiegen, vor allem in den größeren Städten ist es mehr. Die Gehälter steigen langsamer. (...) Am härtesten trifft es Menschen mit geringem Einkommen in Städten, in denen die Mieten explodieren. Die EU tut dagegen nichts. **Dabei ist in Artikel 34 der Grundrechtecharta der EU festgehalten: Wer nicht ausreichend Geld hat, soll Unterstützung für die Wohnung erhalten, um ein menschenwürdiges Dasein sicher zu stellen. Aber die Realität sieht anders aus.** In Irland leben tausende Erwachsene und Kinder in Notunterkünften, weil sie ihre Wohnung verloren haben. In Spanien werden immer noch täglich Menschen zwangsgeräumt. In Paris, London und Berlin steigen die Mieten ins Unendliche. Allein 2017 gab es in Spanien über 25 000 Zwangsräumungen wegen unterlassener Mietzahlungen und mehr als 15000 Zwangsräumungen wegen ausstehender Hypothekenzahlungen (Amnesty International). (...) Für Deutschland schätzte die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, dass zum Ende des Jahres 2016 bundesweit etwa 860 000, bis 2018 schon etwa 1,2 Millionen Menschen über keine Wohnung verfügten. Immobilienkonzerne wie Deutsche Wohnen und Vonovia machen währenddessen Millionenprofite.

So schaffen wir bezahlbaren Wohnraum in Europa:

- **Mehr Investitionen in den sozialen Wohnungsbau!** Die EU verbietet es, Mieten öffentlich zu subventionieren – außer für besondere (bedürftige) Bevölkerungsgruppen.(...) Bezahlbarer Wohnraum ist ein Muss ... Soziale Wohnungsfonds müssen erhalten werden. (...) Es müssen mehr Wohnungen gebaut und durch die öffentliche Hand aufgekauft werden. Wir wollen, dass sich der Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen am realen Bedarf orientieren muss – und das sind in vielen Städten schon mehr als die Hälfte der Bewohner. Dass es anders geht, zeigt die Stadt Wien: Dort gibt es moderne Sozialwohnungen mit attraktiven Wohnbedingungen zu erschwinglichen Mieten (...) für mehr als 60 Prozent der Einwohner (...). Die dort gewählte Form der Umsetzung kann schon unter derzeitigen Rahmenbedingungen auch anderenorts vorangetrieben werden (...) Die Rechte, die sich aus der EU Grundrechte-Charta ergeben, müssen grundsätzlich über den Binnenmarkt-Freiheiten stehen.
- **Energetische Sanierung – ökologisch und bezahlbar:** Die schlimmsten Folgen des Klimawandels können nur abgewendet werden, wenn auf allen Ebenen entschieden gehandelt wird auch beim Wohnen. Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes wird europaweit eine Herausforderung, gerade für die Sozialpolitik. Denn energetische Sanierungen werden oft genutzt, um die Mieten hochzutreiben. (...) Wir wollen (dies) verhindern.(...) In Deutschland fordern wir die **Abschaffung der Modernisierungumlage**. Wir wollen bessere öffentliche Förderung für die energetische Sanierung auch aus EUMitteln und eine wirksame Mietpreisbremse. Insbesondere bei geförderten Modernisierungsvorhaben soll eine Warmmietenneutralität erreicht werden –europaweit. (...)
- **Immobilienkonzerne enteignen:** DIE LINKE will der Spekulation einen

Riegel verschieben. Immobilienfonds wollen wir die Zulassung entziehen. Unternehmen, die mit Wohnraum spekulieren, wird die Börsenzulassung entzogen. Das legt großen Konzernen wie Vonovia und Deutsche Wohnen das Handwerk. Wir wollen sie in öffentliches Eigentum überführen. DIE LINKE unterstützt das Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co enteignen«. Wir setzen uns dafür ein, europaweit die Enteignung von Wohnungen und den Rückkauf von Wohnungen durch öffentliche sowie gemeinnützige Träger zu ermöglichen....

- **Zweckentfremdung verhindern:** In den Metropolen treiben kommerzielle Betreiber von Ferienwohnungen die Mieten zusätzlich in die Höhe. Konzerne wie Airbnb profitieren davon. ... Einige Städte und Länder (z. B. Barcelona, Berlin, Portugal) haben bereits Regularien eingeführt, um die ausufernde Zweckentfremdung von Wohnraum zu verhindern. (...) Wir wollen Airbnb stärker regulieren und eine zusätzliche europaweite Unternehmenssteuer für das Geschäftsmodell der privaten Wohnungsvermietung über Internetplattformen einführen. (...) Aber das reicht nicht aus. Grundlegend dürfen Wohnungen nicht ausschließlich zum Zweck der Vermietung an Touristen verwendet werden. Wir wollen eine soziale Alternative: eine Plattform in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand (z. B. FairBnB) statt eines Konzerns, um freie Zimmer zu vergeben.

- **Löhne rauf, Mieten runter:** Die Mieten steigen, die Löhne halten nicht mit. ... Wir fordern auf Bundesebene ein Mietemmoratorium, bis die wirksame Mietpreisbremse wirkt.

(...) Menschen mit geringem Einkommen profitieren nicht von den staatlichen Mitteln zur Förderung von Wohneigentum und sind deshalb von steigenden Mieten besonders betroffen. Wer etwa als Verkäuferin, Erzieherin oder Paketlieferant arbeitet, kann sich die Miete in der Stadt, in der er lebt, häufig gar nicht mehr leisten. Deshalb braucht es beides: Höhere Löhne und bezahlbaren Wohnraum. Wir treten für eine verbindliche europäische Mindestlohnregelung ein. (...)

Vollständiger Text unter:

<https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/keine-rendite-mit-der-miete-so-machen-wir-wohnen-europaweit-bezahlbar/>

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Milieuschutz – die normalste Sache der Welt

Wie können hunderte Mieter*innen im Stadtteil Göttingen-Grone davor geschützt werden, dass die Renditeerwartungen von Anlegern sie faktisch aus ihren seit Jahrzehnten angestammten Wohnungen vertreiben?

Seit Monaten gibt es eine intensive Auseinandersetzung darum, welche praktischen und juristischen Möglichkeiten die Stadt hat, die Mieter*innen gegen den Immobilienkonzern Adler Real Estate (ARE) zu unterstützen. Nachdem alle Parteien der üblichen Agenda2010-Front (CDU, FDP, SPD und Grüne) signalisierten, dass sie die Bebauungspläne genehmigen wollten, welche einer enormen Verteuerung der Wohnungen den Weg bereiten würden, griff die Ratsfraktion der Göttinger Linken schon im letzten Jahr zu neuen Mitteln. Sie beschloss, das in vielen Städten inzwischen übliche, aber für Göttingen exotisch anmutende Instrument Milieuschutz anzuwenden und stellte einen entsprechenden Antrag für eine Voruntersuchung: Die Altersstruktur der Wohnbevölkerung, Einkommensstruktur, Anteil der Mietkosten am Haushaltseinkommen vor und nach abzusehenden Mieterhöhungen wären Informationen, welche ein geeignetes Institut durch Aktenkunde, Befragungen und weitere Methoden in Erfahrung bringen könnte. So würde sich klarer erkennen lassen, wie akut der auf den Wohnungen und der angestammten Bevölkerung lastende Aufwertungs- und Verdrängungsdruck tatsächlich ist, um daraus Konsequenzen zu ziehen.

Leider wurde aber schon die Voruntersuchung durch die Vertreter der erwähnten Parteien im Rat und Ausschüssen abgelehnt. Sie folgten damit der Empfehlung der Verwaltung, welche zu ihrer Begründung schlicht, man kann nur sagen: „aus der Hüfte“, einschätzte, dass man nicht mit Sicherheit sagen

könnte, ob eine Voruntersuchung Ergebnisse bringen werde, welche die Grundlage für den Erlass einer Erhaltungssatzung wären. Wie dringend der Verdacht ist, war ihr egal.

Daher organisierte der Verein „IN Grone“ am 3. April eine besondere Veranstaltung: Er lud den Stadtrat Biedermann, Vertreter des Bezirks Berlin-Neukölln für Stadtentwicklung als Referenten ein. Die gut besuchte Veranstaltung im Groner Bürgerhaus am Greitweg brachte denn auch recht klare Erkenntnisse: Alleine im Stadtbezirk Berlin-Neukölln gibt es inzwischen zig Gebiete mit Erhaltungssatzungen. Sie erlauben nicht nur einzugreifen, wo ein Vermieter klassischerweise Bebauungsplanänderungen benötigt und diese ihm verwehrt werden können. Sogar auf den Innenausbau von Häusern kann durch die Kommune Einfluss ausgeübt werden: Einbau eines zweiten Bades? Teilung oder Zusammenlegung von Wohnungen? Dachgeschossausbau? Wenn eine Milieuschutzsatzung für einen Bereich beschlossen ist, dann müssen die Vermieter dort sich solche Änderungen genehmigen lassen, da sie geeignet sind, die Mieten massiv zu erhöhen.

Hier ist also für Göttingen noch einiges an Nachholbedarf.

Konkret für Grone wurde noch einmal deutlicher, dass noch nicht einmal eine Milieuschutzsatzung notwendig ist, um die „Aufwertung“ der Wohnungen zu verhindern. Wenn es politischer Wille der Fraktionen wäre, dann könnten sie noch jetzt, noch nach der Auslegung, anlässlich der nun als nächsten Schritt anstehenden „Bescheidung der Einwendungen“, der ARE mit einer Mehrheit den Beschluss zur B-Plan-Änderung versagen. Dann wäre es nichts mit Aufstockungen und ein großer Teil der Aufwertung könnte nicht umgesetzt werden.

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dr. Eckhardt Fascher,
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr

Mi. 14:00 – 17:00 Uhr

Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

19.00 Uhr, Neues Rathaus, Raum 1118

08. Mai:

Wohnen II. Die Aktivitäten der Kreiswohnbau, Hanjo Rose wird aus dem Aufsichtsrat berichten. Einschätzung und Rückschlüsse der Milieuschutzveranstaltung

Vorankündigung Juni:

19.06.119 GÖVB –

Verzahnung mit dem ÖPNV des LK

Dann könnte es als Nächstes ganz im Gegenteil für die ARE darum gehen, welche Sanierungen sie und die vorhergehenden Spekulanten all den brav die Miete zahlenden Bewohner*innen ihrer Wohnblöcke seit vielen Jahren vorenthalten haben, obwohl sie ihnen zustünden. Diesen Sanierungsstau zu beheben und sämtliche Mieter*innen dabei zu unterstützen, ist ein wichtiges Mittel, welches Stadtverwaltung und Initiativen mit Unterstützung von Mieterverein und Fachanwält*innen intensiv zum Einsatz bringen sollten. (es)

Gibt es gute und kostengünstige Alternativen zur Stadthalle?

Nun erleben wir es also auch in Göttingen: Wenn erst einmal die Planung von Geldausgaben in höherer Größenordnung als üblich anfängt, dann sollen auch Kostensteigerungen in gleicher Größenordnung nicht mehr so aufregend sein. Als uns im Frühjahr 2018 die Pläne für eine Sanierung der Stadthalle vorgestellt worden waren, stimmten wir noch gemeinsam mit den großen Fraktionen zu. 19,5 Millionen Euro sollten die Gesamtkosten sein. Wir haben noch die Anmerkung des Architekten im Ohr, der die Pläne im Ratssaal vorstellte: Es sei keine große Kostensteigerung zu erwarten. Der Kostenplan sei so aufgestellt, dass alle geplanten Arbeiten und Materialien davon bezahlt werden können. Die Stadthalle sei nicht der Göttinger BER. Nun haben wir es aber auf dem Tisch: Dem Gesamtprojekt sollen wir trotz einer Kostensteigerung von 19,5 auf 29,5 Millionen Euro zustimmen.

Wir stellen jetzt als Göttinger Linke im Stadtrat die Frage, warum wir, wenn diese Kostensteigerung vor einem Jahr nicht abzusehen war, nun annehmen sollten, dass es bei 29,5 Millionen Euro bleiben wird. Interessant sind schon die psychologisch wie bei Verkaufspreisen im Supermarkt („nur 9,95 Euro“) gewählten Summen: Nicht zwanzig, sondern 19,5 Millionen Euro, und auch nicht 30 Millionen, sondern... Damals war die Kostensteigerung um 10 Millionen, also um die Hälfte, nicht abzusehen. Warum sollten wir jetzt darauf vertrauen, dass die Angabe von 29,5 Millionen Euro stimmt? Man könnte den Verdacht schöpfen, dass auch diese Ansage gemacht wird, um etwas später den nächsten kleineren oder größeren Kostensteigerungsschritt bekannt zu geben. Und den nächsten?

Detaillierte Kostenschätzungen gehören auf den Tisch

Angesichts dieser Situation ist guter Rat nicht teuer, sondern notwendig. Es gehören nun möglichst detaillierte Informationen auf den Tisch, wie man heute auf 29,5 Millionen Euro kommt und vorher 19,5 Millionen geschätzt wurden. Vollständige Kostenaufstellungen in der Tiefe sind notwendig, die durch Expert*innen auf Plausibilität geprüft werden können. In gleicher analytischer Tiefe müssen Alternativen betrachtet werden. Wie sehen z.B. die Kostenschätzungen für einen Bau auf dem Areal der Lokhalle aus? Hier hätten wir den Vorteil, dass, anders als am bisherigen Platz der Stadthalle, keine horrend teure „Umfeldplanung“ mit Tiefgarage unter dem Albaniplatz notwendig wäre, keine großräumige Veränderung der Verkehrsführung und der Straßen und des Cheltenham-Parks. Diese Kosten sind bei den 29,5 Millionen Euro für die Stadthallensanierung noch gar nicht dabei, entstünden aber nach den Planungen einer Ratsmehrheit in einem Paket – wenn eine Mehrheit zustimmt, dass die Stadthalle saniert werden soll.

Jeden Euro kann die Stadt nur einmal ausgeben

Auch wenn 10 Millionen Euro zusätzlich nur die Hälfte der im Jahr 2018 sowieso beschlossenen Ausgaben für die Stadthalle sind, sind es doch 10 Millionen Euro. Diese Summe bedeutet in anderen Bereichen sehr viel. Sie fehlt dann für den viele Jahre verschleppten Ausbau der Grundschulen zu Ganztagschulen, ganz zu schweigen vom Sanierungsstau an vielen Schulen Göttingens! Auffällig sind auch die Informationen des Finanzreferats zur Finanzierbarkeit des Vorhabens Stadthallensanierung: Ebenso wie im Jahr 2018 für 19,5 Millionen wird nun für 29,5 Millionen vorgerechnet, dass die Stadt durch die Mobilisierung von selbstverständlich zur Verfügung stehenden Reserven fast ganz genau diesen Betrag im Ablauf der Vorhabensumsetzung aufbringen kann. Aber auch nicht viel mehr! Wenn die Darstellung zeigen würde, dass noch einige Millionen mehr zu realisieren wären, dann könnten die Linken ja auf die Idee kommen, dass damit so einiges an bezahlbaren Wohnungen gebaut werden könnte, dass die Knauserigkeit gegenüber sozialen Einrichtungen wie Kore, Kinderschutzbund und beim Ausbau der KiTas und in vielen anderen Bereichen vollkommen unnötig ist.

Kontaktdaten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
 Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Fortsetzung „Deutsche Kriegsschuld und Verpflichtungen gegenüber Griechenland“ von Seite 2

Fonds zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums – unter besonderer Berücksichtigung von „Martyrerdörfern“

In Griechenland haben die Deutsche Wehrmacht und die Waffen-SS während der Besetzung mehr als 1.000 Dörfer ganz oder teilweise zerstört und viele tausend Zivilisten umgebracht.

Die deutschen Befehlshaber wollten damit den Widerstand der Partisanen gegen die Besetzung brechen, allerdings erfolglos. Auf Anordnung des Oberkommandos der Wehrmacht sollten für den Angriff auf einen deutschen Soldaten oder dessen Ermordung 50 bis 100 Geiseln erschossen werden. Die deutschen Truppen wurden darüber hinaus ermächtigt, auch Frauen und Kinder zu töten. Schließlich genügte der Verdacht der Partisanenunterstützung, um Dörfer niederzubrennen und Bewohner zu ermorden. Der Wiederaufbau von Dörfern und Städten wurde von der Bundesregierung zu keiner Zeit unterstützt, obwohl zahlreiche Bürgermeister in den 50er Jahren darum baten. Aber auch sonst erhielt Griechenland von Deutschland keinerlei Aufbauhilfe. In der Nachkriegszeit und lange danach ordnete die deutsche Bundesregierung den Besatzungsterror unter „allgemeine Kriegsfolgen“ ein. Noch 1995 bezeichnete die Deutsche Botschaft in Athen in einem Schreiben an Argyris Sfountouris das Massaker in Distomo „als Maßnahme im Rahmen der Kriegsführung“. Inzwischen sehen nicht nur Griechen, sondern immer mehr Deutsche darin Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Aber auch die Sicht deutscher Politiker hat sich verändert. Bemerkenswert ist, dass sich der Deutsche Botschafterin Athen, Jens Plöttner, in einer Rede am 26. Mai 2018 von Aussagen seiner Vorgängerdistanziert hat: „Manch` offizielle Korrespondenz aus den letzten Jahrzehnten – auch von der Deutschen Botschaft – ist in ihrem Duktus schwer zu ertragen. Dafür schäme ich mich und dafür möchte ich mich bei Ihnen, Herr Sfountouris, heute entschuldigen.“ Nachdem die in Griechenland begangenen Verbrechen zunehmend in der deutschen Gesellschaft und Politik erinnert und benannt werden, ist die Zeit reif dafür, den Worten nunmehr Taten folgen zu lassen, und zwar ohne weiteren Aufschub und unabhängig von einer Klärung der Reparationsfragen. Ein Angebot an Griechenland könnte ein Ent-

wicklungsfonds für den ländlichen Raum sein. Vorrangig sollten diejenigen Dörfer und kleinen Städte bedacht werden, die unter dem deutschen Besatzungsterror vor allen anderen gelitten haben. Solche Orte werden in Griechenland seit 1998 offiziell „Martyrerdörfer“ genannt. Sie werden nach bestimmten Kriterien, nachdem die historischen Fakten durch eine Kommission geprüft wurden, in die „Liste der Martyrerdörfer und -Städte Griechenlands“ aufgenommen. Die Liste umfasst inzwischen an die 100 Orte. In einem Beitrag zu ihrem Erhalt und zu ihrer nachhaltigen Entwicklung sehen wir heute nach 75 Jahren die bestmögliche Antwort auf die deutschen Massaker. Der Fonds wäre in allen kommunalen Bereichen verwendbar, so z.B. in der Landwirtschaft; im Tourismus; im Handwerks- und Produktionsbereich; für erneuerbare Energien; in Kindergärten, Schulen oder Berufsbildung; in der medizinisch-sozialen Versorgung alter Menschen. Da die Martyrerdörfer in der Regel einem Gemeindeverbund angehören, käme der Fonds direkt oder indirekt auch umliegenden Ortschaften zugute. Anders als der Deutsch-Griechische Zukunftsfonds, der seit 2015 besteht und jährlich mit 1 Mio. Euro ausgestattet wird, richtet sich der hier vorgeschlagene Fonds nicht explizit auf Erinnerungsarbeit oder Versöhnung. Deren Förderung durch Kooperationen in Wissenschaft, Kultur und Bildung ist zweifellos wertvoll, kann aber nicht alles sein. Ergänzend möchte der Entwicklungsfonds die materiellen Grundlagen für gute Lebensbedingungen im ländlichen Raum verbessern. Und dies unabhängig davon, ob die NS-Opfer und weitere Bewohner sich längst mit „den Deutschen“ versöhnt haben oder sich gar nicht versöhnen wollen. Als Höchstgrenze der Förderung pro Dorf/Kleinstadt werden 600.000 Euro angesetzt, als durchschnittliche Summe 300.000 Euro. Bei geschätzt 50 beteiligten Ortschaften sind 15 Millionen Euro notwendig, die in den kommenden 5 Jahren mit jeweils 3 Millionen Euro in den Bundeshaushalt einzustellen sind. Maßnahmen, die einer gemeinwohlorientierten Entwicklung dienen, schlagen die einzelnen Kommunen unter Beteiligung ihrer Bewohner vor. Über die Anträge entscheidet eine Kommission, der neben unabhängigen, mehrheitlich griechischen Gutachtern auch Vertrauenspersonen des „Netzwerks der Martyrerstädte und -Dörfer“ angehören. Mit der Unterstützung bei der Entwicklung und Durchführung

der Projekte wird eine griechische, nicht-staatliche Einrichtung beauftragt, die ein transparentes Verfahren gewährleistet. Von den bestehenden EU-Programmen soll sich der deutsche Fonds durch die Vielseitigkeit seiner Verwendungsmöglichkeiten unterscheiden und durch ein einfaches Antragsverfahren auszeichnen. Er sollte zudem, falls gewünscht, Kommunen beim Einwerben zusätzlicher EU-Fördermittel behilflich sein.

Weitere Informationen und die Liste der Erstunterstützer findet man unter: www.respekt-für-griechenland.de

³ Zurückliegende Kredite zu handelsüblichen Bedingungen werden von der Bundesregierung bisweilen als „Beitrag zur Wiedergutmachung“ deklariert. Dieser Sichtweise können wir uns nicht anschließen.

⁴ Argyris Sfountouris hat als Kind das Massaker in Distomo überlebt. Seit 1994 kämpft er für Wiedergutmachungen. Über ihn gibt es eine Biographie von Patric Seibel (2016) und einen Dokumentarfilm von Stefan Haupt (2006)

⁵ In den Jahren 2015, 2016, 2017 erhielten nur vier Gemeinden (Martyrerdörfer) zusammen ca. 370.000 € von den verfügbaren 3 Millionen Euro, d.h. 12,3 %, obwohl deren Förderung einer von drei Schwerpunkten des Zukunftsfonds ist. Aus: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abg. Ulla Jelpke u.a. der Fraktion DIE LINKE, vom 25. 07. 2018 / Drucksache 19/ 3557.

Fortsetzung von Seite 3

60 Jahre Cubanische Revolution Das Programm:

10.00 Begrüßung und Kulturbeitrag
60 Jahre Cubanische Revolution, eine Einführung durch Ramón Ignacio Ripoll Díaz, Botschafter der Republik Cuba in Deutschland Volker Hermsdorf, Journalist und Autor diverser Bücher über Cuba, spricht über die Bedeutung der cubanischen Revolution für uns

11.15 Beiträge unserer cubanischen Gäste und Diskussion mit ihnen über die Bedeutung der Cubanischen Revolution, ihren gelebten Internationalismus, den Anteil Fidel Castros und das Weiterleben seiner Ideen; mit Elier Ramírez Cañedo, Historiker, und Dr. Francisca López Civeira, Leiterin beim Aufbau eines Fidel-Castro-Instituts in Havanna

13.00 Mittagspause

14.00 Arbeitsgruppen, parallel laufend, mit kurzen einleitenden Thesen von VertreterInnen sozialer Bewegungen und der Cuba-Solidarität in Deutschland
Arbeitsgruppe 1: Frieden, Internationale Solidarität, Selbstbestimmungsrecht der Völker
Arbeitsgruppe 2: Soziale Menschenrechte (Gesundheit, Bildung, Wohnen)
Arbeitsgruppe 3: Umwelt, Klima, globale Herausforderungen
Arbeitsgruppe 4: Demokratie, Partizipation, Verfassung – Rechte der Frauen, Inklusion

16.00 Kaffeepause

16.30 Podium – Abschluss und Ausblick
Wie geht es weiter in Cuba und Lateinamerika? Was können wir auch hier bei uns tun, damit eine andere Welt möglich wird?
Mit Elier Ramírez Cañedo, Francisca López Civeira, Volker Hermsdorf und zwei freien Plätzen für wechselnde Teilnehmer

18.30 Rolf Becker, Schauspieler und Gewerkschafter, liest Fidel Castro: „Die Geschichte wird mich freisprechen“. Mit einer Einleitung von Volker Hermsdorf
Ausklang mit Musik; ganztägige Foto-Ausstellung: „Gesichter aus Cuba“